

Lebensmittelpreise könnten weiter steigen, Böllerstopp in vielen Baumärkten, Privatbanken begrenzen Einlagenschutz

Lebensmittelpreise könnten weiter steigen

Verbrauchern droht eine weitere Welle von Preiserhöhungen im Lebensmittelhandel. Der Handelsriese Rewe rechnet mit Preiserhöhungen von fünf Prozent bei Lebensmitteln im kommenden Jahr 2023. Vielleicht auch etwas mehr. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes lagen die Preise für Nahrungsmittel im November 2022 um 21,1 Prozent höher als im November 2021. Zudem betonte Rewe-Chef Lionel Souque, die Inflation habe das Kaufverhalten der Kundinnen und Kunden spürbar verändert. Vor allem mehr Sonderangebote werden gekauft. Auch die günstigeren Eigenmarken sind beliebter als Markenartikel. Außerdem gibt es eine leichte Tendenz, mehr im Discount statt im Supermarkt einzukaufen. Besonders hart trifft es die Bio-Supermärkte. Insgesamt sank der Umsatz mit Bio-Lebensmitteln zuletzt im Oktober 2022 um 4,1 Prozent auf rund 15 Milliarden Euro. Naturkostläden und Reformhäuser verzeichneten sogar ein Minus von 37,5 Prozent (!). ([Manager Magazin](#))

Böllerstopp in vielen Baumärkten

2022 könnte nun erstmals wieder geböllert werden – wären da nicht die Händler. Zahlreiche Bau- und Supermärkte haben schon im vergangenen Jahr angekündigt, kein Feuerwerk mehr zu verkaufen. Die Baumarktkette Hornbach hat bereits 2019 Böller und Co. aus dem Sortiment genommen. Viele Obi-Märkte verkaufen

ebenfalls kein Feuerwerk. Die Ketten Toom und Bauhaus sowie der Discount-Baumarkt B1 haben dieses Jahr ebenfalls kein Feuerwerk im Inventar. Auch die Baumarktkette Globus will keine Böller mehr anbieten. Neu sind die meisten dieser Ankündigungen nicht. Bereits 2021 hatten Umweltverbände die Verkaufsabsichten der Baumärkte abgefragt, viele kündigten damals den Stopp für die kommenden Jahre an. Silvester-Feuerwerk darf in Deutschland nur an drei Tagen im Jahr verkauft werden. Nämlich vom 29.-31.12. Der Bundesverband Pyrotechnik erwartet trotz der vereinzelten Böllerstreiks eine große Nachfrage. ([Spiegel Online](#))

Privatbanken begrenzen Einlagenschutz

Nach dem Zusammenbruch der Bremer Greensill-Bank schränken Deutschlands Privatbanken ihren Schutz für Kundeneinlagen schrittweise ein. Vom 1. Januar 2023 gelten erstmals Obergrenzen. Zudem wird der Kreis derjenigen verkleinert, die Entschädigungen aus dem Topf bekommen können, den die privaten Banken zusätzlich zur gesetzlichen Einlagensicherung für Notlagen gefüllt haben. Die vom Bundesverband deutscher Banken (BdB) im Dezember 2021 vorgestellten Neuerungen greifen nun. Für private Sparer sowie Stiftungen sind über die Einlagensicherung der privaten Banken somit künftig zunächst maximal fünf Millionen Euro pro Bank abgesichert. Von 2025 an sind es drei Millionen Euro. Nach voller Umsetzung der Reform im Jahr 2030 beläuft sich der Schutzzumfang für Sparer auf höchstens eine Million Euro. In Deutschland sind im Fall einer Bankenpleite pro Kunde Spareinlagen bis zu 100.000 Euro gesetzlich geschützt. Mehr dazu [hier](#). ([Welt Online](#))